

**Anfrage der Fraktion Die Linke
Vorlage Nr. 101.19.946**

Modellstadt Antirassismus

- 1. Was bedeutet die Teilnahme am Programm Modellstadt Antirassismus und was sieht das Konzept vor?**
Die Stadt Kassel wurde als eine von 10 Kommunen bundesweit zur Teilnahme am Projekt ‚Komm.A‘, das steht für „Kommunale Allianzen und Strategien gegen Rassismus und Hass“, ausgewählt. Das Projekt wird gefördert und unterstützt von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration; Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus.

Im Rahmen des Projekts werden antirassistische Strategiekonzepte und Verfahren entwickelt, wie beim Auftreten von Anfeindungen und Bedrohungen gegenüber Entscheidungstragenden und Verwaltungsmitarbeitenden vorzugehen ist. Begleitet wird dies im Bedarfsfall durch Trainings, Workshops und Coachings. Das Projekt wird durch das Amt für Chancengleichheit koordiniert.

Es hat einen starken Fokus darauf, Sicherheit in den Abläufen innerhalb der Verwaltung und in der Kommunikation nach außen zu entwickeln, wenn rassistische oder hassbezogene Anfeindungen oder Angriffe auf Mitarbeitende, Führungskräfte oder Mandatstragende erfolgen.

Zu den Maßnahmen, mit denen das erreicht werden soll, zählt der Aufbau und Ausbau einer kommunalen Allianz zwischen Verwaltung, Beratungs- und Hilfestellen sowie Sicherheitsbehörden. Es soll ein Strukturaufbau mit Clearingverfahren und Meldestellen erfolgen.

Weitere Ziele der Stadt Kassel bei der Durchführung des Projekts sind die Implementierung einer Toolbox für öffentlichkeitswirksame Kommunikation bei Anfeindungen und Hass, der Austausch und die kollegiale Beratung im Netzwerk der Modellkommunen sowie Empowerment und Unterstützung für zivilgesellschaftliche Akteure, die sich im Bereich Antirassismus und Hass engagieren.

Weiterhin soll das Projekt als Unterstützung für die interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung dienen. So erhoffen wir uns durch die gemeinsame Erarbeitung von Instrumenten und Formaten, die Stadt Kassel als Arbeitsplatz und kultursensiblen Raum für Menschen mit Migrationsgeschichte attraktiv und sicher zu gestalten.

- 2. Laut der zuständigen Staatsministerin soll die Zivilgesellschaft eingebunden werden. In der Anfangsphase wird es ein umfassendes Hearing mit Vertreter*innen von Migrant*innenorganisationen geben, allerdings auch mit Initiativen mit negativ von Rassismus betroffenen, die schon in dritter (oder länger) Generation deutsch sind. Welche Planungen gibt es dazu, neue Allianzen aufzubauen, welche Akteure werden wann wo und wie eingeladen?**

Ein Hearing gehört nicht zur Programmumsetzung auf der Ebene der Modellkommunen. Dazu, wie wir in Kassel vorgehen, wird in Punkt 3 geantwortet.

- 3. Inwiefern werden antirassistische Konzepte entwickelt: von wem und mit wem?**

Für die Projektdurchführung ‚Komm.A‘ wurde eine Lenkungsgruppe gegründet, in der die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte und der Personalrat vertreten sind sowie das Personalamt, das Rechtsamt und die Polizei. Zivilgesellschaftliche Beratungsstellen sind zur Mitarbeit angefragt.

Das Institut IMAP hat als Grundlage für die Maßnahmenplanung Interviews mit verschiedenen Führungskräften, Funktionsträgern und auch Stadtverordneten geführt. Die Lenkungsgruppe setzt als erste Schwerpunkte für die weitere Arbeit auf die Herstellung von mehr Transparenz über die Melde- und Unterstützungsstrukturen und die Erprobung von Schulungsformaten für Führungskräfte, damit diese bei Beschwerden adäquat reagieren können.

Die Zusammensetzung der Lenkungsgruppe erfolgt nach Position und ist daher nur bedingt divers. Die Umsetzung des Programms ‚Komm.A‘ steht in Kassel aber nicht isoliert. Vielmehr war ein Anreiz, sich um die Teilnahme am Projekt zu bewerben, dass wir uns in der Aufbauphase von Antidiskriminierungsarbeit befinden. Die Arbeit gegen Rassismus nimmt darin einen wichtigen Part ein.

Ab 1. Januar 2024 verfügt die Stadt Kassel über einen Antidiskriminierungsbeauftragten. Im Vorfeld der Ausschreibung der Stelle fand im März 2023 eine Veranstaltung statt, zu der alle Stadtverordneten, die Mitglieder von Seniorenbeirat, Behindertenbeirat und Ausländerbeirat und Vertreterinnen und Vertreter von zivilgesellschaftlicher Antidiskriminierungsberatung eingeladen waren. Dort wurden die Erwartungen und Grenzen der neuen Stelle erfragt und untereinander diskutiert.

Zu den Aufgaben der neuen Stelle wird neben der intensiven Einbindung in das Projekt ‚Komm.A‘ der Aufbau von Strukturen zur Unterstützung für zivilgesellschaftliche Akteure gehören, die sich im Bereich Antirassismus und Hass engagieren.

4. Wieviel Personal und wieviel Geld steht der Stadt Kassel dafür zur Verfügung?

Im Rahmen des Projekts ‚Komm.A‘ stehen keine Personalmittel zur Verfügung und nur minimale Mittel für Projekte.

Die Stadt Kassel hat aber, wie eben erläutert, eine Stelle für kommunale Antidiskriminierungsarbeit geschaffen, und das Amt für Chancengleichheit verfügt auch über Mittel für Maßnahmen in diesem Bereich.

5. Inwiefern werden negativ Betroffene über bestehende städtische Strukturen hinaus beraten?

Im Rahmen der Konzipierung der Stelle für kommunale Antidiskriminierungsarbeit wurde immer darauf verwiesen, dass es gleichzeitig zivilgesellschaftlich getragene Beratungsangebote geben muss. In Kassel sind das vorrangig die durch das Land geförderten Beratungsstellen AdiBe (Träger: Verband binationaler Familien- und Partnerschaften, iaf e.V.) und response-Beratung für Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (Träger: Evangelischen Regionalverband Frankfurt und Offenbach).

6. Welche Finanzmittel und Verpflichtungen zur Umsetzung gehen mit der Teilnahme an dem Programm der Bundesregierung einher?

Zur Frage der Mittel verweisen wir auf die Antwort zu Frage 4. Die Stadt Kassel hat eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet, in denen sie sich zur Mitarbeit bei bzw. zur Umsetzung der unter 1. genannten Ziele verpflichtet. Die Fortschritte dabei sind insbesondere durch die engmaschige Projektbetreuung durch IMAP gesichert.

7. Inwiefern ist geplant, negativ von Rassismus betroffenen Personengruppen eine Selbstermächtigung zu erteilen, um ihnen die Durchführung eigener Veranstaltungen und die Umsetzung eigener Projekte zu ermöglichen?

Selbstermächtigung der von Rassismus betroffenen Gruppen ist grundsätzlich eines der Ziele der Stadt Kassel. Im ‚Komm.A‘ Projekt selbst stehen, wie erläutert, momentan eher noch Fragen von Verfahren und Abläufen im Vordergrund. Aber über das WIR-Vielfaltszentrum, die Förderung der Servicestelle für Migrant*innenorganisationen ALL IN und Angebote unter anderem während der Internationalen Wochen

gegen Rassismus und der Interkulturellen Woche fördern wir an vielen Stellen die Durchführung von Veranstaltungen und Projekten.

- 8. Stehen über dieses Projekt Mittel zur Verfügung, die für die Umbenennung der M-Apotheke oder der Straßenumbenennungskommission genutzt werden können sowie für weitere antirassistische Maßnahmen, zu denen es schon Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung gibt?**
Nein.

- 9. Unter Berücksichtigung der aktuellen Studie ‚Being Black in the EU‘, sowie zwei Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung mit expliziten Bekenntnissen zur UN-Dekade für Menschen afrikanischer Abstammung, stellen wir bezugnehmend zu den Punkten 1 und 7 die Frage, welche Projekte zum Schutz Schwarzer Menschen vor rassistischen Übergriffen geplant sind bzw. ergriffen werden.**

Die Klärung von Abläufen und Zuständigkeiten bei Bedrohungen und Gefährdungen und die engere Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden werden es ermöglichen, mit entsprechenden Situationen besser umzugehen – das ist der Kern des Projekts ‚Komm.A‘.

Auf einer allgemeineren Ebene stärkt die Stadt Kassel durch die Einrichtung der Stelle für kommunale Antidiskriminierungsarbeit die Arbeit gegen Rassismus und verbessert u.a. die Möglichkeiten der Vernetzung und Unterstützung bei der Einwerbung von Projektmitteln.

- 10. Welche Rolle spielen städtische Akteure wie der Ausländerbeirat oder All In bzw. (post-)migrantische Vereine?**

Durch den Fokus auf Prozesse innerhalb der Verwaltung spielen diese Akteure direkt bei der Umsetzung von ‚Komm.A‘ in der jetzigen Phase weniger eine Rolle, aber generell ist das Amt für Chancengleichheit zu diesen Fragen in engem Austausch mit dem Ausländerbeirat und anderen Akteuren antirassistischer Arbeit in der Stadt.

- 11. Inwiefern wird es Angebote und Einbeziehung insbesondere von Kindern und Jugendlichen geben?**

Die Arbeit in städtischen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche zielt generell darauf ab, Kinder zu stärken und Rassismus entgegenzuwirken. Die Stadt Kassel hat sich in 2020 an einer Online-Veranstaltungsreihe für pädagogische Fachkräfte zum Thema Alltagsrassismus beteiligt. In diesem Jahr stand das Thema Sensibilisierung durch Sprache bei einem Fachtag im Vordergrund. Mittel der Partnerschaft für Demokratie werden für verschiedene Empowerment-Projekte für Kinder und Jugendliche eingesetzt.

Nicole Maisch
Bürgermeisterin